

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohnuemkosten monatlich 1,50 M., vierzehnmalig 4,50 M.; durch die Zeitungen monatlich 8 M., vierzehnmalig 24 M. — Bekanntmachungen kosten pro Seite 75 Pf. — Fein- und Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für das Journal: Karl Späth; Druck: H. Graßmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Schmitz-Vogel, Wiesenhauer Str. 38-42. Telefon Bochum 59, 99 u. 204. Telegr. Adr.: Alverand Bochum.

Pfingsten!

Zu Pfingsten, wenn der Frühling weht,
Formt sich die Welt zum Wunderbilde,
In süßen Wonne schauern hebt
Das irdisch-himmliche Gefilde.
Im Brautgewande prangt die Flur,
Die Hoffnung segnet alle Triebe,
Die Hochzeit feiert die Natur
Am Fest der Blüten und der Liebe.

Grau Flora reicht uns ein Bukett
Von Veilchen, Liliens, Tau und Rosen
Und locht uns in ihr Himmelbett,
In dem die Amoretten kosen.
Wir sind besieglt und beglückt,
Wenn wir den Strauß von ihr empfangen,
Wenn wir, mit Blumen reich geschmückt,
Zu ihrem bunten Thron gelangen.

Viktor Malinowski

Wie schön, wie herrlich ist die Welt,
Die uns der Geist der Liebe spendet!
Das Herz wird lust- und glückgeschwellt,
Das Auge wird vom Glanz geblendet.
In jedes Herz, das leidvoll tritt,
Senkt sich der Genius des Schönen,
Der ihm das Labyrinth entwirrt,
Um Hass durch Liebe zu versöhnen.

Wohl meht uns noch die Nachsucht an
Wie aus verciesten Kasematten,
Der Hass vertiert wie Cameran,
Dräut noch mit blutig-heissen Schatten.
Wir halten ihm, mit Grün bekränzt,
Der Liebe Brandfanal entgegen,
Bis es in allen Händern lenzt,
Bis sich der Feindschaft Wogen legen.

hebung, gegen neue militaristische Uebenfeuer,
für die Förderung des Wiederaufbaus Europas und für die Wahrung der Interessen unserer Volksgenossen zu wirken. Damit dienen wir der Menschheit.

Gewerkschaftsinternationale für Verständigung.

Nachdem am 28. und 29. April das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam unter Hinzuziehung der Kollegen Großmann, Gue, Döhrmann und Silberschmid die durch das neue Angebot der deutschen Reichsregierung geschaffene Lage besprochen hatte, reisten die Leute des Bundes nach London, um dort mit den Führern der britischen Gewerkschaften weiter zu beraten. Als Ergebnis dieser Aussprache wurde am 30. April folgende Kundgebung veröffentlicht:

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes erklärt nach Kenntnahme der neuen deutschen Vorschläge bezüglich der Wiedergutmachung, daß

diese Vorschläge geeignet

sind, den Gegenstand neuer Verhandlungen zwischen den Regierungen der Entente und Deutschland zu bilden. In Erwägung der Erklärung der in Amsterdam anwesenden Vertreter der deutschen Arbeitersorganisationen, "die Vorschläge der deutschen Regierung werden von der deutschen Arbeiterschaft unterstützt und die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands erklären sich bereit, alles aufzubieten, um die aus den neuen Vorschlägen resultierenden Vereinbarungen durchführbar zu machen", gibt der Internationale Gewerkschaftsbund der Meinung Ausdruck, daß unter diesen Bedingungen und angestrisch derartiger Garantien der Weg gebahnt ist für eine

friedliche Lösung der Probleme,

die nicht nur auf dem Leben der Bevölkerung der durch den Krieg verwüsteten Gebiete, sondern auf der gesamten Weltwirtschaft lasten. Indem der Internationale Gewerkschaftsbund auf seine in London im November 1920 und in Amsterdam am 31. März und 1. April 1921 angenommenen Resolutionen verweist, erklärt er auszusehen, daß die Zuflucht zu einer Politik der Gewalt nur geeignet ist, den eben erst wiederentwachenden Frieden in der Welt zu stören und den alten Ruinen neue hinzuzufügen. Er fordert im höheren Interesse der Völker, daß die Wiedergutmachung sich gründen muß auf die Mitarbeit der Völker, die allein die Garantie bietet, den getroffenen Abmachungen ihre Wirklichkeit zu sichern und zugleich die für die Errichtung eines definitiven und dauernden Friedens notwendige Wiederberührung der Völker ermöglichen wird. Der Internationale Gewerkschaftsbund gibt den Gehüten der organisierten Arbeiterschaften Ausdruck, indem er die

Regierungen der Entente auffordert, Verhandlungen anzubauen,

ohne zu neuen Sanktionen, die immer unwirksam bleiben werden, Zuflucht zu nehmen, und andererseits die Regierung Deutschlands aufzufordern, das gegebene Wort zu respektieren, indem sie das äußerste Mögliche für die Sicherung und Wohlstand ihres Landes, die immer noch eine Bedrohung der Deutschen Republik und durch die zuvorwährenden Folgen eine Bedrohung des europäischen Friedens darstellen, die gebotenen Maßnahmen vornehmen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ist überzeugt, daß er auf diese Weise im Interesse der Bevölkerung der verwüsteten Gebiete, wie für den Frieden der Welt wirkt, der unerlässlich ist, damit die Nationen sich aus ihrer gegenwärtigen schmerzlichen und gefährlichen Lage befreien können."

Der sächsische Bergbau im Jahre 1919.

Zum endlich das Jahrbuch für das Berg- und Hüttentwesen in Sachsen mit der Statistik vom Jahre 1919 erschienen. Die späte Herausgabe dieses Jahrbuches sind wir zwar seit jeher gewohnt, aber uns zweint dabei die sächsische "Gemeinschaft" doch eine allzu große Rolle zu spielen. Denn es handelt sich bei diesem Jahrbuche um ein Werk, das nur rund 400 Seiten umfaßt und in seinen wesentlichsten Teilen aus chronologischen Tabellenzusammenstellungen und Vorlaemmern im sächsischen Bergbau besteht, nach einem Fall unveränderlichen Schema. Wenn man damit die Schnelligkeit vergleicht, mit der unsere großen Gewerkschaften, z. B. der Metallarbeiterverband mit seinen 1½ Millionen Mitgliedern in mehreren tausend Ortsvereinen auf das ganze Reich verteilt, ihre Jahresberichte herausbringen, was selten später als sechs Monate nach Schluss des Geschäftsjahres der Fall ist, und wenn man dabei weiter bedenkt, daß es sich bei den Beratern dieser gewerkschaftlichen Jahresberichte nicht um Leute mit laufmännischer oder sonstiger Hochschulbildung handelt, sondern nur um Arbeiter mit einfacher Volksschulbildung, dann scheint uns die späte Herausgabe des "Jahrbuches für das Berg- und Hüttentwesen" mindestens auf einem Organisationsfehler zu beruhen.

Für unsere Leser sind aus dem Inhalte des "Jahrbuches" von besonderem Interesse die Mitteilungen über die wirtschaftliche Lage des sächsischen Bergbaus im allgemeinen und der Bergarbeiter im besonderen.

Hinsichtlich der ersten stellt das "Jahrbuch" sehr zutreffend fest, daß der sächsische Bergbau im Berichtsjahr sehr schwer unter den Folgewirkungen des unglücklichen Krieges zu leiden hatte: es war gewissermaßen das Jahr der Vollendung unseres wirtschaftlichen Zusammenbruches. Dieser hatte für die Bergarbeiterchaft eine katastrophale Veränderung ihrer wirtschaftlichen Lage zur Folge, verhindert durch die während des Krieges erfolgte übermäßige Überarbeitung bei miserabler Ertragung. Wörtlich heißt es hierüber im Teil B, Seite 157: "Es kam der Bergarbeiterstand die Anerkennung nicht vermagt werden, daß während des Krieges trotz der mangelhaften Ertragung die im patriotischen Interesse an sie herantretenden Anforderungen erfüllt hat."

Das Jahr entsprach entsprechende Verhältnisse bei der Arbeiterschaft aus. In kurzen Intervallen folgte eine Lohnforderung der arbeiten, meistens begleitet von wilden, tumultuösen Streikwuhlen. So wohlaufend sozialer Weise werden diese Ereignisse im "Jahrbuch", dessen Verfasser sie zum Teil selbst unmittelbar mit erleben, geschildert.

Das Jahr 1919 war aber auch für die sächsische Bergarbeiterchaft das Geburtsjahr des Tarifvertrags. Durch denselben sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die bis dahin in vielfachenfacher Willkür und Zerreiß durch die Betriebsbeamten mit dem einzelnen Arbeiter vereinbart wurden, in weniger Monaten für die gesamte Arbeiterchaft grundsätzlich geregelt worden. Und die Gerechtigkeit erfordert angemessenen, daß die Betriebsverhältnisse, sowohl uns belastet, soviel als möglich in den drei sächsischen Steinkohlenbezirken, abgesetzt von unbedeutenden Ausnahmen, in sozialer Weise die mit den gewerkschaftlichen Bergarbeiterorganisationen vereinbarten Tarife bisher beobachtet haben.

Dagegen ist leider ein Teil der Arbeiter noch nicht hinreichend mit dem großen volkswirtschaftlichen Nutzen des Tarifvertrages vertraut. Der Tarifvertrag ist eine der notwendigen Brücken einer sozialistisch geordneten Wirtschaft.

Wenn das Unternehmen insbesondere auch die Verhältnisse der sächsischen Steinzeilewerke, das seit Ende 1918 den gesetzlichen

Vor dunklen Tagen.

Wir hatten so manche verzweifelte Schicht
Und sahen die Sonne doch schwärzen...

Ein schweres Gewitter zieht sich über dem unglücklichen Deutschland zusammen. Wenn diese Zeitung in den Händen unserer Kameraden ist, haben vielleicht die Ententetruppen das rheinisch-westfälische Kohlengebiet besetzt. In unserer Ostgrenze sind polnische Soldatenmassen ausmarschiert. In Oberschlesien sind bereits irreguläre nationalpolnische Bewaffnete eingedrungen, haben Städte und andere Arbeitsteile mit überwiegend deutscher Bevölkerung besetzt. Augenblicklich fragt es sich noch, ob die in Oberschlesien stehenden Detachements von Ententetruppen in der Lage sind, den völkerrechtswidrigen Vorgaben der nationalpolnischen Inturgenten Einhalt zu tun. Die Kohlengruben sind zurzeit größtenteils stillgelegt durch nationalpolnische Propagandisten. Nur Arbeitstätte können die andersgearteten Bergleute nicht gelangen. Die freien, Kirch-Lutherischen und christlichen Gewerkschaftsmitglieder in Oberschlesien bitten in einem Telegramm den Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsinternationales, daß britische Parlamentsmitglied Thomas, um Hilfe gegen den über alle Schranken springenden Terror der maroden nationalen Kräfte anhänger. Unsere Leute sind ihres Lebens nicht sicher. Ein tieftrauriges Schauspiel, wenn man bedenkt, daß hier Arbeit gegen Arbeit wüten, statt sich brüderlich die Hände zu reichen zur gemeinsamen Verbesserung ihrer Lage.

Deutschland wurde geschlagen bis zur bedingungslosen Kapitulation. Das war das Ende der militäristisch-alldeutschen Verbefindungen eines "Siegerfriedens", zu dessen Erzielung dem unglücklichen deutschen Volk jahrelang die heimelosen Österreicher Gut und Blut auferlegt worden sind. Bis zum "Endsieg", nur keinen "faulen Frieden", von "Sieg zu Sieg", so hieß es immer noch, als längst das traurige Ende vorauszusehen waren. Wer für eine schnelle Beendigung des Krieges einen Frieden ohne Annexions und Kontributionen erwartet, wurde als Auslandskagent und Flammacher geächtet. Bis zur letzten Erhöhung wurde das Gasardspiel mit dem Leben Deutschlands weitergetrieben. Dann kam das furchtbare Ende, dessen schwerste Kosten nun die Arbeitersklasse zu tragen hat, deren politische und gewerkschaftliche Vertreter stets die wahnsinnige militäristische Rüstungspolitik befürwortet und die während des Krieges immer wieder zum Abschluß eines versöhnenden Verständigungsfriedens gedrängt haben. Aber sie hatten nicht die Macht, der Kriegsgott Mars regierte die Stunde.

Nun stehen wir vor Trümmern. Wahrscheinlich wird das Kriegsgebet befehl, mit unabsehbaren wirtschaftlichen und politischen Folgen. Die Entente hießt ungeliebte Wiedergutmachungsleistungen, fordert Summen, von deren Aufbringung wir uns keine Vorstellung machen können. Was seitens der deutschen Reichsregierung durch Vermittlung Amerikas der Entente an Leistungen angeboten wurde, ist dorftisch als unzureichend abgelehnt worden, obgleich wir uns auch noch nicht voraustellen vermögen, wie die Reichsregierung die angebotenen Mammutsummen zahlbar machen könnte. Über zwei Dutzend Staaten waren aktiv an dem Krieg beteiligt. Deutschland allein soll die über alle Verteilungen riesigen Kriegskosten erlegen. Dern, so heißt es, Deutschland sei der allein Schuldige an dem Krieg. Auch wenn das der Fall wäre, es könnte doch nicht über seine Kraft zur Wiedergutmachung herangezogen werden. Aber wenn Deutschland auch ganz unschuldig an dem Ausbruch des Weltkrieges wäre, die Gewichtsseite steht und daß der Sieger auf Grund seines Siegerrechts den Besiegten bestrafen. Vorum: "Woher den Besiegten!" Das ist ein Ausflug der militäristischen Ausfassung des Siegerrechts, die sich zu allen Seiten und in allen Seiten Geltung verschafft hat.

Wir sind die Besiegten, ob schuldig oder nichtschuldig. Wir müssen dagegen die Folgen tragen. Mit nationalistischen Namen, mit ungeliebten Emissären, mit ungeliebten Gewerkschaften, mit ungeliebten Siedlungsgruppen, mit ungeliebten Nationalitäten.

"Gesinnung" usw. ändern wir gar nichts an der harren Notwendigkeit, daß wir Wiedergutmachung leisten müssen sobald wir nur eben können. Wenn dieser Wille von der Gegenseite nicht anerkannt und vernünftig gewürdigt wird, dann wird auch die Besetzung ganz Deutschlands die verwüsteten Gebiete nicht in menschenwürdige Siedlungen umwandeln können. Ein nach den Plänen überhöhter romanischer Nationalisten zerstörtes

Deutschland ist erst recht unfähig zur Wiedergutmachung. Die freien deutschen Gewerkschaften, in Verbindung mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, haben einen großzügigen Plan zum schnellsten Wiederaufbau der verwüsteten französischen und belgischen Gebiete ausgearbeitet. Diese praktische Arbeit wurde von der deutschen Reichsregierung anerkannt; in ihre Wiedergutmachungsvorschläge mit aufgenommen, den Ententevertretern mitgeteilt, von diesen aber noch nicht gebührend gewürdigt. In Paris hat unlängst ein Kongress von Delegierten aus den verwüsteten Gebieten die deutschen Gewerkschaftsvorschläge besser beurteilt, auch gutgeheißen, daß deutsche Arbeitskräfte in Frankreich am Wiederaufbau mitwirken sollen. In Belgien, Großbritannien und Italien haben die Gewerkschaften die deutschen Gewerkschaftsvorschläge anerkannt und begrüßt. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale befürwortet dringend diese Vorschläge. Sie hat auch in ihrer jüngsten Kundgebung, deren Wortlaut wir unten bringen, die Konferenz der Ententeminister erzählt, die über Washington an die Ententeregierungen gelangten deutschen Regierungsvorschläge als eine geeignete Grundlage zur Verhandlung anzuerkennen. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben sich also redlich bemüht um eine praktische Lösung der Wiederaufbaufrage. Sie erkennen dies als ihre Pflicht, sie sind bereit, die Kriegsverwüstungen zu begegnen. Sie wenden sich gegen die andauernde Auffächerung des vergiftenden Völkerhauses, sie verbürgen die Propagierung des Revanchekrieges, sie wollen den dauernden Frieden zwischen den beispiellos schwergeschädigten Völkern!

Dieses Programm der völkerversöhnenden Humanität ist unser Zeitsprung auch in den dunklen Tagen, die vor uns stehen! Dieses Programm der völkerversöhnenden Humanität ist unser Zeitsprung auch in den dunklen Tagen, die vor uns stehen! Diese Vorschläge der völkerversöhnenden Humanität ist unser Zeitsprung auch in den dunklen Tagen, die vor uns stehen! Diese Vorschläge der völkerversöhnenden Humanität ist unser Zeitsprung auch in den dunklen Tagen, die vor uns stehen!

In der Gewerkschaftsinternationale haben wir nach dem Kriege wieder zusammengearbeitet mit Menschen, die eine unselige Zugenderziehung uns als die "Erbeinde" bezeichneten lassen wollten. Wir anerkennen fein et le "Erbeindeskraft"! Im Rahmen der Gewerkschaftsinternationale haben wir die besonderen nationalen Eigenarten der Völker kennen, achten und schönen gelernt. In der Internationale fordert keine nationale Gruppe von der anderen die Ausgabe der Nationalität. Unsere ausländischen Kameraden verstehen und billigen es durchaus, daß wir als deutsche Arbeiter uns den Bestrebungen widersetzen, die uns vergessen lassen möchten, was wir unserem Volkstum zu danken haben. Ohne dieses wären wir nicht was wir sind. Die deutschen Gewerkschaftler wissen auch zu gut, daß sie ein Lebensinteresse haben an der Verbündung des Rückfalls in die unselige vormarxistische Kleinstaaten, die unsere wirtschaftliche Existenzgrundlage zerstören und den partikularistischen Staat unendlich beschreiten möchte. Darum sind mit in erster Linie die Arbeitersorganisationen die natürlichen Feinde der Machen, die durch die Versplitterung des reichsdeutschen Gebiets in weit wie viele "Republiken", wie immer sie firmiert sein mögen. Vielleicht wagen sich in den bevorstehenden dunklen Tagen die Machen, an die arbeitende Bevölkerung namentlich Westdeutschlands stärker heran. Sie sind ebenso zu erwarten wie die Verhüte, eine "nationale Einheitsfront" zu bilden mit Elementen, deren Tätigkeit, als sie nun die Macht besitzen, uns in das furchtbare Elend hineingeführt hat.

Was auch kommen mög, man trifft sic den deutschen Gewerkschaften steht dort finden, wo es gilt, gegen Völkervertreter, gegen die Besiegten, ob schuldig oder nichtschuldig. Wir müssen dagegen die Folgen tragen. Mit nationalen Namen, mit ungeliebten Emissären, mit ungeliebten Gewerkschaften, mit ungeliebten Siedlungsgruppen, mit ungeliebten Nationalitäten.

lichen Arbeitserganisationen gegenüber bewiesene verständige Verhalten gegen 20 Jahre früher geübt hätte, dann hätte sich zwischen Betriebsbehörden und Arbeiterschaft längst ein besseres Sicherheitsverhältnis eingestellt, und dadurch würden uns die meisten schweren wirtschaftlichen Erfolgerungen der letzten zwei Jahre erspart geblieben sein zum großen Schleife unserer Wirtschaft. Sedoch seit einigen Monaten kann man bei den Verwaltungen der sächsischen Steinkohlenwerke (mit den anderen haben wir keinen unmittelbaren persönlichen Verkehr) einen Stimmungswandel deutlich wahrnehmen. Dieser Stimmungswandel ist offenbar die Auswirkung des Schachtmachersseitens der Sächsischen Bergwerke im Ruhrgebiet, von dem durch die häufigen gesetzlichen Ängste der Unternehmerverbände auch die gemäßigten sächsischen Bergwerke etwas mit infiziert worden sind. Die Säulen geben diesem Stimmungswandel einstossen noch nicht in großflächigeren Worten Ausdruck, aber man braucht nur wenig psychologische Empfindungsübermögeln zu beobachten, um untrüglich aus ihren gesprochenen und unausgesprochenen Worten den Ausgang zu erkennen, daß sie bereits entschlossen sind, gegenüber der Arbeiterschaft nicht nur "soft", sondern sogar "furlid" zu blasen. Und sie sind in diesen Bestrebungen ermutigt durch die Annahme, daß die Bergarbeiterchaft infolge ihrer Organisationsverschärfung und ihres Bruderzwistes keine Widerstandskraft gegenüber den inusterhaften gefüllten Unternehrerberichtigungen mehr besitzt. So bezug auf die sächsische Bergarbeiterkraft bestindet sie sich da bestimmt in einem gewaltigen Irrtum. Denn diese ist kein vielseitiges Nationalkomitee und nicht zerstört durch religiöse Differenzen wie die Bergarbeiterkraft im Ruhrgebiet und der kommunistisch-unionsistische Spaltzirkel in bereits im Abschluß, wie neben vielem anderen auch die jetzt im Gange befindlichen Bergwerkswahlen beweisen. Wir wollen einstweilen noch nicht annehmen, daß die sächsischen Bergwerksverwaltungen so naiv sind, dies zu unterschätzen, und trauen ihnen auch noch hinreichend genug Unmündigkeit gegenüber dem Stimmen-Gardischen Schachtmachersseit zu.

Nach dieser notwendigen Abweisung wenden wir uns wieder dem eigentlichen Inhalt des "Fahrbuches" zu.

Im Jahre 1919 waren in Sachsen in Betrieb 20 Steinkohlenbergwerke mit 30.932 (26.718) - die eingestammten Jahren bezeichnet sich aus 1918 - Arbeitern und 1201 (1071) Beamten und Angestellten. Von den Arbeitern waren 22.531 (19.323) unter Tage und 7716 (6171) über Tage beschäftigt und 682 (1224) weibliche.

Braunkohlenwerke waren 57 in Betrieb mit 11.895 (5430) Arbeitern und 696 (482) Beamten und Angestellten. Von den Arbeitern waren 1308 (939) unter Tage und 10.056 (8375) über Tage beschäftigt und 331 (622) weibliche. Die größere Zahl der Untertagearbeiter ist darin begründet, daß im sächsischen Braunkohlenbergbau weniger unterirdischer Abbau, sondern Tagebau umgeht.

Grubengänge waren in Betrieb 41, wogegen 1 erst im Dezember 1919 mit 4 Arbeitern begonnen wurde. Zusammen mit diesen 4 wurden 1627 (1622) Arbeiter im Grubengang beschäftigt, davon 865 (981) unter Tage und 561 (493) über Tage und 71 (148) weibliche. Beamte und Angestellte waren 127 (125) beschäftigt.

Das Ausbringen, d. i. die Förderung der verwendbaren (ausbereiteten) Kohlen und Erze betrug:

Tonnen	Wert	bürde für je Zonne
Steinkohlen	3.992.304	250.806 176 M.
1918: 1.4625.218	130.724.849	28.26
Koks	125.328	13.969.884
1918: 148.471	7.045.920	108.23
Briketts	20.009	1.529.267
1918: 45.158	1.715.989	38.49
Braunkohlen	6.712.010	70.263.164
1918: 6.741.283	32.964.327	10.49
Briketts	1.414.275	55.910.727
1918: 1.701.015	31.621.127	39.53
Raspressteine	71.216	3.893.477
1918: 60.876	1.305.366	47.65
Erze	8.635.26	9.150.321
1918: 7.145.115	8.822.851	21.62

Es war also eine bedeutende Verminderung der Förderung trotz starker Vermehrung der Belegschaften zu verzeichnen. Daraus kann jedoch eine schuldhafte Widerleistung der Arbeiterschaft nicht gefolgt werden. Besonders im Braunkohlenbergbau konnte die dort erfolgte fast 100%ige Belegschaftsvermehrung nicht auch sofort eine entsprechende Fördervermehrung zur Folge haben, weil es sich dort zunächst um Ausweitung der Abbaufelder handelt, die die Abdämmung gewaltiger Massen von Decken erforderlich, bevor die eigentliche Kohlenförderung beginnen kann.

Im Steinkohlenbergbau ist die Förderverminderung auf den während des Krieges geübten Rückbau in Verbindung mit der starken Wirtschaftsnot der Betriebsmittel hauptsächlich zurückzuführen. Bis zu einem gewissen Grade dürfte auch die auf Verlangen der Belegschaften durch Bergamtsliche Verfügung eingeführte Siebenstundensicht für die Untertagearbeiter die Fördermenge beeinträchtigt haben. Dazu kam die körperliche und seelische Erschöpfung der Arbeiterschaft nach der jahrelangen Überanstrengung und Unterernährung während des Krieges.

Bei den verschiedensten Lohnverhandlungen wurde wiederholt von den Betriebsdirektoren anerkannt, daß die Belegschaften sich redliche Rühe geben, von absichtlicher Minderleistung bei ihnen im allgemeinen nicht überredet werden könnten. Die neueingestellten brauchten auch erst eine längere Zeit zur Anpassung, um für die Fördervermehrung wirksam werden zu können.

Im Grubengang ist die Verminderung der Belegschaft eine Folge von Stilllegungen einiger nicht mehr leistungsfähiger Betriebe und Betriebsstillstellungen aus den gleichen Gründen.

Weiter lösen die verteilten Berichtsberichte enthalt das "Fahrbuch" nur Angaben von den öffentlichen Rechnungen legender Steinkohlenwerken, und zwar verteilen diese: Deutschland in Elsässer 1.650.000 M., Gersdorfer Steinkohlenbauverein 885.050 M., Gottes Segen 1.569.400 M., Kaisergrube 272.090 M., Zugauer Steinkohlenbauverein 80.000 M., Oelsnitzer Bergbaugesellschaft 1.449.300 M., Städtisches Steinkohlenwerk Jaudenrode (einschließlich 1. Vierteljahr 1920 und nach Abzug der Kosten für Neuanlagen) 2.251.974 M., Erzgebirgischer Steinkohlen-Verein 490.000 M., Zwidsauer Steinkohlenbauverein 200.000 M., Zwidsauer Steinkohlen-Steinkohlenbauverein 600.000 M., Zwidsauer Bürgergewerkschaft 175.000 M., Zwidsau-Oberhohndorfer Stein-B.-V. 812.000 M.

Sicherstellungen für die Belegschaften werden vorhanden, in Steinkohlenbergbau 316 Bänken, 1566 Brauern; im Braunkohlenbergbau 47 Bänken, 368 Brauern; im Grubengang 6 Bänken, 18 Brauern. Außerdem im Steinkohlenbergbau noch 21 Hälfteboden.

Unter 1000 Mann der Belegschaft (einschließlich Beamte und Arbeiter) sind höchstens verunglücht oder infolge Verunglüchtigung verstorben im Jahre

1917 1918 1919

beim Steinkohlenbergbau	2.721	1.535	2.054
beim Braunkohlenbergbau	2.015	2.456	2.202
beim Grubengang	5.790	1.166	6.618
beim Bergbau überhaupt	2.725	1.668	2.094

Zur die einzelnen Betriebe betrieben sich die vorgenannten tödlichen Unfälle wie folgt: Montag 1917: 9, 1918: 5, 1919: 5; Dienstag 1917: 12, 1918: 13, 1919: 7; Mittwoch 1917: 15, 1918: 5, 1919: 18; Donnerstag 1917: 17, 1918: 10, 1919: 11; Freitag 1917: 16, 1918: 7, 1919: 17; Samstag 1917: 12, 1918: 11, 1919: 16; Sonntag 1917: 5, 1918: 7, 1919: 17; unbekannt: 1919: 3. Insgesamt: 1917: 86, 1918: 53, 1919: 95.

Von den tödlichen Verunglüchtigungen im Jahre 1919 wurden verhüllt durch Steinfall im Steinkohlenbergbau 21, im Braunkohlenbergbau 3, im Grubengang keine; in den Schächten durch Brandstiftungen beim Fahren, durch Bruch der Fahrten, des Seiles, der Fahrbahn, auf sonstige Weise bei der Teilschaltung, Stirn von Bühnen, hängenden und breitenden, durch Vorrägen vom Material und auf sonstige Weise im Steinkohlenbergbau 12, im Braunkohlenbergbau 2, im Grubengang 1; durch Sägen und Dämpfen im Steinkohlenbergbau 2, im Braunkohlenbergbau 15, im Grubengang keine; durch Maschinen oder Förderanlagen im Steinkohlenbergbau 18, im Braunkohlenbergbau 19, im Grubengang keine; beim Schören mit Sprengstoffen im Steinkohlenbergbau 1, durch Elektrizität im Steinkohlenbergbau 2, auf sonstige Weise im Steinkohlenbergbau 9.

Über das Verhältnis dieser Unfälle sagt das "Fahrbuch" folgendes: Es bestimmen ohne irgendein Verhältnis zum Steinkohlenbergbau 23, Braunkohlenbergbau 6, durch eignes oder Witterungsglücke 1917: 24, Braunkohlenbergbau 22, Grubengang 1, durch Personaldienst im Steinkohlenbergbau 2, zweitens durch Steinkohlenbergbau 1, Braunkohlenbergbau 1, durch Personaldienst der Förderanlagen im Steinkohlenbergbau 2. Die regulären beiden Betriebsstellen sind durch die Bergarbeiterkraft mit dem Bergbau durch gesetzliche Maßnahmen und durch Preise (Schluß folgt).

Gesetzgebung und Verwaltung.

Portoauslagen des Betriebsrats nach der Arbeitgeber fragen.

In einer Beschwerde des Betriebsrats der Zeche A. an das Oberbergamt in Dortmund gegen eine Entscheidung des Bergbeamten des Bergbeamten Eßeln hat das Oberbergamt folgende Entscheidung gefällt:

Beschluß. Die über die Erstattung der Portoauslagen für den Betriebsrat der Zeche A. gegen den Betrieb des Bergbeamten des Bergbeamten Eßeln I vom 24. Januar 1921 durch den Vorstand des Betriebsrats Eßeln erhobene Beschwerde wird hiermit gemäß den Vorschriften der §§ 93 und 103 des Betriebsrätegesetzes vom 1. Februar 1920 in Verbindung mit den Ausführungsbestimmungen des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 8. März 1920 nach Prüfung der Sach- und Rechtslage für bekräftigt erachtet und unter Aufhebung des angeführten Beschlusses des Bergbeamten die Zeche für verpflichtet erklärt, die notwendigen Portoauslagen zu erstatten.

Urteil. Der Betriebsrat der Zeche A. beschwert sich bei dem Bergbeamten des Bergbeamten Eßeln I darüber, daß die Zechenverwaltung eine Bezahlung der durch die Geschäftsführung des Betriebsrats entstandenen Portoauslagen ablehne. Durch Bescheid vom 24. Januar 1921 hat der Bergbeamten die Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen mit der Begründung, daß durch die von der Zechenverwaltung gezahlte Haushaltsumme von 100 M. je Betriebsratsmitglied die Portoauslagen bezahlt seien.

Gegen diese Entscheidung hat der Vorstand des Betriebsrats durch Schreiben vom 14. Februar 1921 beim Oberbergamt in Dortmund weitere Beschwerde erhoben mit dem Antrage, die Entscheidung des Bergbeamten aufzuheben und die Zechenverwaltung zur Zahlung der Portoauslagen anzuhalten.

Die Beschwerde ist fristgerecht eingegangen und begründet. Der § 96 des Betriebsrätegesetzes bestimmt, daß der Arbeitgeber die durch die Geschäftsführung entstehenden notwendigen Kosten einschließlich etwaiger Aufwandsentschädigungen zu tragen hat. Die Aufwandsentschädigung bildet demnach nur einen Teil der notwendigen Kosten.

Denn also nach dem Zusatz zum § 14 der Richtlinien zum Betriebsrätegesetz vom 10. Juli und 9. August 1920 die Haushaltsumme von 100 M. zur Abgeltung der Aufwandsentschädigung bestimmt ist, so sind damit die "notwendigen Kosten" auch nur zum Teil bezahlt. Unter Aufwandsentschädigung ist nun freilich für die Kosten zu verstehen welche dem einzelnen Mitglied des Betriebsrats erwachsen. Portoauslagen können aber dazu nicht gerechnet werden, da sie aus der Tätigkeit des ganzen Betriebsrats erwachsen. Dafür ist die Zechenverwaltung verpflichtet, die durch die Geschäftsführung des Betriebsrats entstandenen Portoauslagen zu ersehen. Es war daher, wie geschehen, zu entscheiden.

Dortmund, den 26. März 1921.
Preußisches Oberbergamt. Oberhaupt.

Knappschaftsältesten-Wahlen am 26. Juni d. J. im Ruhrgebiet!

Geht Euch auf der Zeche in die Wählerliste eintragen und den Wahlausweischein ausstellen.
Schickt es nicht hinaus,
— tut es bald!

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet

ist im März d. J. um 600.000 Tonnen hinter der Februarförderung zurückgeblieben, obgleich der März einen Arbeitstag mehr als der Februar hat. Die Ursache ist natürlich in erster Linie die Einführung der Lebenschichten. Wie sich in den letzten vier Jahren die monatliche Förderung im Vergleich zu 1914 stellt, ergibt sich aus folgender Übersicht:

Förderung in 1000 Tonnen	1914 1918 1919 1920 1921			
	Jänner	Februar	März	In Prozent
1914	9585	8629	6263	8073
1918	8510	8017	5431	6576
1919	9451	8469	6300	8175
Zusammen	27.946	25.115	17.994	19.962
In Prozent	100	90,0	64,5	71,6
				85,2
Arbeitstägliche Förderung in Tonnen				
1914 1918 1919 1920 1921				
	Jänner	Februar	März	In Prozent
	381.493	248.042	264.875	239.904
	371.244	246.292	266.511	340.600
Mittel		363.492	242.222	266.951
				301.424

Der Zustand von 1919 war schon 1920 erheblich überwunden. Im 1. Viertel 1921 wurden schon 85,2 Proz. der Förderung von 1914 erzielt.

Die Kohlenförderung Oberhessens

ist infolge der mit der Volksabstimmung verbundenen Unruhen im März gegen die Nationalsozialisten. Im folgenden geben wir die Häufigkeiten der Förderung und des Verlaufs im 1. Vierteljahr dieses Jahres (in Tonnen):

Geb

Untergetreten und sämtliche Agenten kurzerhand aus der Wohnung zu entfernen, wenig wüssten, soll Thielke ander's dazu erzogen werden, mit seiner Unterschrift vorsichtiger umzugehen, und zwar auf folgende Art:

Das Fundament, mit dem die auf die Outgläubigkeit und Unmündigkeit der Massen spukende Schwindelunternehmungen stehen und fallen, ist das Lohnbeschlagnahmengesetz. Läßt dieses Lohnbeschlagnahmungen für gewöhnliche, nicht bevorrechtigte Schulden nicht mehr zu, dann können die Schwindelunternehmungen, wenn es letzten Endes darum geht, auch abwanderweise nichts mehr holen und darum viel schlechter existieren.

In der Kriegszeit war das Lohnbeschlagnahmengesetz aber für die Arbeitnehmenden besser als heute. Heute kann fast immer jede Schuld am Lohnbeschlagnahmengesetz abhanden gemacht werden, denn es wird heute allgemein weit mehr verdient, als das Lohnbeschlagnahmengesetz pfändungsfrei lässt. Daraus folgt, daß, wenn Michel heute trotz aller Warnungen sich von den Agenten doch noch beschwören läßt und sich mit Schwindelunternehmungen einlädt, er dann auch meistens in jedem Falle ein höheres Gehaltsgebot zu bezahlen hat, wogegen er sich auf keine Art vorbereiteten kann, denn das Gehaltsgebot wird am Lohn abgezogen.

Dieser Zustand mag sehr bitter und die Form dieses Artikels auch etwas deutlich und grob geraten sein, aber die Tatsachen sind nun mal so und die Ausführungen dazu sind wahr und wer unter unseren Lesern die Wahrheit höher stellt als die Form, in der sie, weil es so ist, einen soll, gebracht wurde, der ist falsch und führt mit seinen Gründen keine Spuren des Wirtschaftslebens. Die vier verdienten Arbeitersparten müssen für Kleidung, Ernährung, Bildung, Kunst und Unterhaltung ausgegeben werden, und wer dann noch etwas übrig hat, der trage es in die soliden Einrichtungen der Arbeitersparten hinüber, aber wer es nicht aus Unmündigkeit den Schwindelgesellschaften, Schwindelgeschäften und demzufolge auch später den Rechtsanwälten und den Gerichten in den Hals. Und darum: Jeder Agent und Händler, der einer Arbeitersparte etwas ausschwärmen will, was erst später noch geschieht werden soll, oder wer gut die Unterschrift unter irgendeinem Schein herauszutragen will, der verdient, aus der Arbeitserwohnung hinausgeworfen zu werden, sofort, nachdem er sie betreten hat.

H. A.

Internationale Rundschau.

Die Salzburger Bergarbeiterkonferenz.

Durch den "Bergknappen" vom 7. Mai erfahren wir Näheres über die am 10. und 11. April in Salzburg stattgefundenen internationales Bergarbeiterkonferenz. Aufwändig waren unter dem Vorsitz des Abg. Imbusch, der als Veranlasser der Konferenz gesehen wurde, führt des christlichen Gewerbevereins der Bergarbeiter Deutschlands, der Polnischen Berufsvereinigung (Sitz: Bochum), des nationalpolnischen Verbändes in Oberschlesien, der nationalpolnischen Bergarbeitervereinigung Polens. Diese Gruppen bildeten die Basis der Konferenz. Im "Bergknappen" wird merkwürdigweise außer Deutschland auch als vertreten bezeichnet das "Saargebiet". Für uns ist das Saargebiet ein Teil Deutschlands, mit dieser Aussöhnung befinden wir uns in Übereinstimmung mit der erdrückenden Mehrheit der Saargesetzgebung. Gerade waren in Salzburg erschienene Vertreter der holländischen Zahlstellen des christlichen Gewerbevereins, ein Löhringscher Delegierter, der "Frankreich" vertrat, ein Belgier und ein Österreicher. Steht man von dem deutschen Gewerbeverein und den beiden nationalpolnischen Verbänden ab, so bleibt nur Konferenzteilnehmer übrig, die in ihrer Heimat ganz bedeutungslose Gruppen von Bergleuten hinter sich haben. Die Bedeutung der Salzburger Konferenz liegt denn auch nicht in der Zahl der dort vertretenen Bergleute — neben Genua verschwindet Salzburg —, sondern in der Tendenz, die dort markant zum Vorschein kam. Diese Tendenz ist ausgesprochen antifaschistisch. Der Vorsitzende Abg. Imbusch gab das Stichwort aus, indem er sagte:

"Die Sozialdemokratie hat durch ihre materialistische Weltanschauung den Boden geschaffen, der die Gefahr heraufbeschwört, daß Europa mit seiner alten Kultur dem Verfall preisgegeben werden."

Es steht nur noch, daß Abg. Imbusch erklärt, die Sozialdemokratie habe im Juli 1914 das verbrecherische Ultimatum an Serbien verabschiedet, habe Wilhelm II. zur Kriegserklärung getrieben, der "sozialdemokratische Verbund" habe dafür gewirkt, nicht aber Schluss mit dem Kriege zu machen; bis die österreichisch-österreichisch-industriellen Großgrundbesitzer verhindert seien — das hätte Abg. Imbusch auch noch doziert sollen, dann war alles in Ordnung. Verwunderlich ist dabei, daß die harschagendsten Parteigenossen des Verteidigungsauftrags Imbusch die nach seiner Angabe "kulturrestende Sozialdemokratie" forschwärts dringend bitten, mit dem Zentrum in der Reichs- und Staatsregierung zusammenzutreten. Etwa zur "Kulturrestoration"?

Das Stichwort sendt Anfang. Fast alle Redner beklagten sich über den "Terror der Sozialisten". Dass die Sozialisten überall Jahrzehntelang die Opfer einer brutalen Verfolgung waren und es zum Teil heute dort noch sind, wo die nationalistische Gewalt herrscht, davon verlaufen kein Sterbenswörtchen. Soget die nationalpolnischen Vertreter beklagten sich über "sozialistischen Terror". Zu dem, was nach dem "Bergknappen"-Bericht der Vorsitzende der Polnischen Berufsvereinigung (Bochum), Franz Kolpacki, über den "brutalen Terror des sozialdemokratischen Verbändes" gegen polnische Berggenossen ausgeführt hat, wird weiter unten das Notwendigste gesagt. Über kam dann einem der deutschen Vertreter in Salzburg der sehr naheliegende Gedanke, den Sprechern des Polen vorzuhalten, wie beispiellos in Oberschlesien die Gewerkschaftskameraden, welche Oberschlesien nicht von Deutschland abgetrennt wissen wollen, von sanguinären Nationalisten mishandelt wurden und werden! Hatten die deutschen Gewerbevereinsvertreter in Salzburg nicht die Pflicht, diesen entsetzlichen, blutigen Kampf zwischen Arbeitersparten entschieden zu verurteilen und von den Polen zu fordern, sich kameradschaftlich zu den deutschgesinnten Arbeitersparten zu verhalten? Ein Wort wurde gegen diese Vergegenwärtigung deutschgesinnter Oberjäger durch nationalistisch aufgeputzte Berggenossen in Salzburg gesprochen! Der "sozialistische Terror" war ja das Thema. Unwissen haben sich die aus dundernde bedrohlichen Mitglieder der freien, der Kirche, Dudenreichen und auch der christlichen Gewerkschaften telegraphisch, um Hilfe schickend, an die Leitung der Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam gewandt. Tausende flüchten vor dem nationalistischen Terror, hunderte sind verwundet und getötet, nur weil sie nicht für die Befreiung Oberschlesiens sind. Dieser schreckliche Zustand dauert nun schon jahrelang. In Salzburg aber sprachen die deutschen Konferenzteilnehmer kein Wort der Verurteilung dieser nationalistischen Gewalttätigkeit gegen Arbeitersparten. Es wurde auch kein Beschluss gefasst in der oberschlesischen Frage, obgleich es von großer Wichtigkeit wäre, festgestellt zu haben, wie sich eine internationale christliche Bergarbeiterkonferenz auf der bedeutendsten politischen Verbandsvereine verhält. Auch die unabsehbaren Forderungen der Entente an Deutschland, die Folgen der Sanktionen, der Besetzung des Ruhrgebietes wurden mit Stillschweigen übergangen! Das ist nun so auffällender, weil der christliche Gewerbeverein in Deutschland wiederholt, wie unser Verband, die schweren wirtschaftlichen Bedrohungen Deutschlands durch die Sanktionen gedenkt hat. In Salzburg halten die Gewerbevereinsvertreter wenigstens versuchen müssen, die Vertreter aus Polen, Belgien, Frankreich usw. für einen Beschluss gegen die Auseinandersetzung militärischer Gewalt zu gewinnen. Davor kann der "Bergknappe" uns in seinem langen Bericht aber gar nichts sagen. Durchsetzt man, die ganze Konferenz wäre aufgeschlagen, wenn von ihr die Anerkennung deutscher Lebensbedürfnisse verlangt wurde?

Schließlich beschloß man die "Gründung einer christlichen Internationalen". Vorberitten sollen sie Imbusch, Kolpacki, Wagenhout (Belgien), Ginz (Wallonien), Meix (Frankreich). Ein Kongress soll noch in diesem Jahre in Salzburg stattfinden. Nun haben die überglücklichen Bergleute wieder eine Organisation mehr.

Unberechtigte Angriffe gegen den Bergarbeiterverband.

Unser Verbandssekretär Kamerad August Schmidt schreibt:

In dem Organ des christlichen Gewerbevereins, dem "Bergknappen" vom 7. Mai d. J., wird berichtet über eine internationale Konferenz der christlichen Bergarbeiterorganisationen in Salzburg. Nach dem Bericht soll der Vorsitzende der Polnischen Berufsvereinigung, Kolpacki, dort über eine Menge "gewaltiger" Terrorfälle in Mitteldeutschland, begangen von Bandenmitgliedern gegenüber polnischen Kameraden, berichtet haben. Die Bezirksleitungen unseres Verbandes werden von Kolpacki sogar beschuldigt, diesen Terror gebilligt zu haben. Was ist daran wahr? Die Leitung der Polnischen Berufsvereinigung hat dem Vorstand unseres Verbandes vor längerer Zeit einige Terrorfälle aus Mitteldeutschland mitgeteilt. Der Vorstand sowie auch unsere Bezirksleitung, lehnte im Auftrage des Verbandsvorstandes, haben in jedem Einzelfalle eingegriffen und die Kameraden auf das Ungehörige solcher Vorkommen hingewiesen und ist für ehrliche Sorge getragen worden. Das ist auch der Leitung der Polnischen Berufsvereinigung bekannt. Leider konnten aber solche Vorkommen von vorherhin nicht verhindert werden, und besonders nicht in der Niederlausitz, da unsere Kameraden dort aus Oberschlesien die unerhörten massenhaften Terrorfälle in diesem Gebiete durch politische Nationalisten gegenüber den Mitgliedern unseres Verbandes jeden Tag beklagt wurden. Hunderte unserer Kameraden wurden in Oberschlesien blutig geschlagen, verbrüht und ausgespülndert. In ihren Wohnungen waren sie ihres Lebens nicht mehr sicher, sondern haben tags, ja wochenlang unheimlich müssen, fern von ihren Familien, um schließlich in andern Bergbaureviereien Arbeit aufzufinden. In Niederschlesien, in Mitteldeutschland sollte im Ruhrbezirk eben einige tiefen terroristischen überdeutschen Kameraden sich ein neues Heim suchen müssen. Das dadurch die notwendige Kameradschaftlichkeit zwischen den polnischen und deutschen Arbeitern nicht gestärkt wurde, bedarf keines besonderen Beweises. Unsere Bezirksleitung und mit dieser auch die Bezirksleitungen, haben alles mögliche getan, um den unfähigen Nationalitätenkampf nicht auf weitere deutsche Reichsgebiete zu übertragen. Nichts ist doch sicherlicher als ein solcher Kampf der Arbeiter gegen Arbeiter.

Der Bergarbeiterverband hat niemals einen Unterschied zwischen deutschen und polnischen Mitgliedern gemacht, die nicht gegen die altpreußische Völkervereinigung "Ostmarkenpolitik" gewandt und wenden deshalb ja von den Halbstäben als Deutscheinde beschimpft. An dem unglücksreichen Nationalitätenkampf trägt also der Bergarbeiterverband absolut keine Schuld. Schuldig daran sind die Nationalisten, welche mit rücksichtslosem Terror und Wassergewalt ihre imperialistischen Ziele erreichen wollen. Die Leidtragenden sind auf beiden Seiten die Arbeiter. Sie hoffen den Imperialisten die Nekanten aus dem Feuer und sind hinterher die Bevölkerungen. Kolpacki kennt diese unserer Stellung ganz genau, er weiß, daß wir schließlich eingegriffen haben in den Fällen, die er uns mitgeteilt hat. Das werden wir stets tun. Dazu ist es tief bedauerlich, daß Kolpacki in Salzburg so unberichtigte Angriffe gegen unseren Verband richtete. Wir fordern ihn aber nun auch an dieser Stelle auf, auf seine Nationalgenossen in Oberschlesien einzuwirken, daß sie die ungeheuren Bedrohungen unserer Verbandskameraden einzustellen. Wie sollten meinen, daß sei auch Christlich gehandelt. Wenn sich deutsche und polnische Kameraden gegenseitig bekämpfen, dann nützt dies nur dem internationalen Kapitalismus.

Knappschaftsältesten-Wahlen

am 26. Juni d. J. im Ruhrgebiet!

Jedes 21 Jahre alte Penions- oder Krankenkassenmitglied ist wahlberechtigt. Auch Knappschaftsinvaliden, die auf einem Vereinswerk arbeiten und der Krankenkasse angehören.

Bergarbeiterwahl in Großbritannien. — Der Konflikt im britischen Dreikampf.

Neben die Differenzen der Trippel-Allianz (Dreibund der Organisationen der Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter in Großbritannien) sind in der gewerkschaftstechnischen Presse allerhand dämliche und falsche Ausführungen veröffentlicht. Wir berichten daher in folgendem, wodurch der Konflikt entstand: Eisenbahner und Transportarbeiter hatten schon den Sympathiestreit für die Bergarbeiter beschlossen, verschoben aber den Streitbeginn, weil sich die Ausübung auf eine den Arbeitern günstige Beendigung des Kampfs in der Bergbauindustrie eröffnete. Unter dem starken Druck der Streikbewegung im ganzen Bergbauvermöge bemühten sich Regierung und andere politische Kreise um einen Frieden. Am 14. April hielt der Abgeordnete auf Einladung von etwa 200 Mitgliedern der Regierungsparteien im Parlament einen Vortrag über die Bergarbeiterforderungen: Regelung der Löhne nicht beziehungsweise, sondern durch einen Reichsbaraf und ein Reichssozialamt; Verringerung aller Bergwerke in einem nationalen Pool, einer finanziellen Interessengemeinschaft, welche die Zubringerzüge durch Verluste seitens der Ausbeutezeichen lebensfähig halte. Letztlich erklärte Kamerad Hodges, wenn die Belegschaft jetzt ein vernünftiges Lohnangebot machen, könne vielleicht auf dieser Weise ein vorläufiges Abkommen bis zur Verwirklichung des Reichssozialbarafs und des Pools vereinbart werden. Diese Vernerlung griff die Regierung auf und stellte vor, über ein vorläufiges Abkommen zu beraten. Die Vertreter der Eisenbahner und Transporter unterstützten dies. Kamerad Hodges berichtete darüber am 15. April dem Erfülltumite des Bergarbeiterverbandes, daß dort aber keine Mehrheit für seine Vernerlung fände. Die Mehrheit lehnte eine Verhandlung über jenes vorläufige Abkommen ab. Dann beschlossen die Eisenbahner und Transporter, den Streikbefreiung nicht in Kraft treten zu lassen, weil sie der Abschaffung seien, die Bergarbeiter hätten die Verhandlungsbrüder betrachtet. Von Anfang ist es, zu wissen, daß der Führer des Transportarbeiterverbandes, William, ein Anhänger des moskowistischen Kommunismus ist. Die sofort eindringende Delegationskonferenz des Bergarbeiterverbands stellte sich an den Standpunkt der Mehrheit seines Exekutivkomitees, sprach aber ihrem Generalsekretär, Kamerad Hodges, volles Vertrauen aus. Der Kampf ging also weiter. Neue Verhandlungen wurden begonnen. Die Belegschaft vertrug sich, auf jeden Gewinn zu verzichten, bis die Preisfrage sich bessere. Regierung setzte wieder ein staatlicher Zuschuß bis zu 10 Millionen Pfund Sterling monatlich an, die Abhöfe sollten dann nicht 5-6 Schilling, sondern 3½ Schilling reduziert werden. Die Bergarbeitervertreter anerkannten die schlechte Lage vieler Betten, erklärten jedoch, nicht mehr als 2 Schilling täglich Lohnabdruck zu zahlen. Daraufhin wurden die Verhandlungen abermals abgebrochen. Das war bei Stand am 1. Mai. Nach Presseberichten aus London redete man zunächst noch auf eine möglichst frühe des Friedensabkommes. Die Abhöfe waren nun sehr empfindlich geworden. Einzelnen haben die Transportarbeiter beschlossen, keine Abhöfe vor den Feiertagen abzutragen und die Haferarbeiter verweigerten die Auslastung einer laufenden Kohlenschiffahrt.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

Konflikt zwischen der Vereinigten Kommunistischen Partei und den Unionisten wegen Gewerkschaftsgekrümmerung. Die Unionstellung verläßt die Kommunisten!

Der Versuch der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands ist unaufholbar. Die neueste Nummer der "Freien Arbeiter-Union" (Gelsenkirchen) greift in sehr heftiger Weise die diktatorischen Methoden der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale an und die ganze Geschäftsführung der Union erklärt ihren Ausdrift aus der DAPD. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. Unter den Ausgetretenen befinden sich die im Aufgebot vielfach bekannten kommunistischen "Großen": Walter, J. Witt, K. Wagner, M. Herrmann, U. Hömmel.

Der angeblich "einzige" Grund des Austritts ist die verschiedene Beantwortung der Frage: "Wie verstehen wir die Gewerkschaften?" Mit erfreulicher Offenheit bekannte das unionistische Blatt:

"Der Standpunkt der DAPD. in der Gewerkschaftsfrage ist bekannt. Sie will die Gewerkschaften erobern (durch Zellenbau innerhalb der Gewerkschaften), um sie zu Massenorganisationen umzugesetzen. Der Standpunkt der Freien Arbeiter-Union ist der der Bezeichnung der Gewerkschaften!"

Mehr noch, Arbeiter und Arbeiterinnen, die Union will die Proletarier vereinen, indem sie (die Union) dem Proletariat seine mit großen Opfern aufgebauten Gewerkschaften zerkrümmt! Wenn das der Union gelinge, die Kapitalisten würden jubelnd vor Freude.

Zum Glück haben weder die Zellenbauer der DAPD. noch hat das Feldgeschrei der Gewerkschaftsgekrümmer: "Heraus aus den Gewerkschaften!" den von allen kapitalistischen Interessen und Helfershelfern schriftlich erwarteten Erfolg gezeigt. Das gefiehlt nun die unionistische Führer-Pouzon-Schule selbst bestrebt ein. Zu ihrem an die Centralleitung der DAPD. (Berlin) gerichteten Schreiben wird zugegeben:

"Die letzte Aktion (gemeint ist der mehrwöchige Unterpuß) zeigt uns, daß die kommunistischen Zellen beispielweise im Bergarbeiterverband nicht in der Lage gewesen sind, die Aktion gegen den Willen des Gewerkschaftsverantworts vorzutreten. Sie (die Zellen) haben auf der ganzen Linie ver sagt!"

Dieses Eingeständnis ist den unionistischen Zellen gewiß sehr sauer geworden, nachdem sie seit Monaten den Untergang "beispielweise" unseres Verbandes prophezeiht haben. Wie man selbst unser Verband ist, zeigt die Abrechnung für das Jahr 1920 in der vorigen Nummer unserer Zeitung. Solche Abrechnungen legt kein Siebender vor und man begreift darum sehr wohl, daß die Unionen schwer betrübt sind über das Versagen der Zellenbauer "auf der ganzen Linie". Das die Bergarbeiter sie nicht als Zelloffiziere für die kommunistische Sache, deren Weg, wie ihr lieberer Lehrer Herr Dr. Leo i. nachgewiesen hat, über Arbeitersparten geht, mißbrauchen ließen, stellt dem Verband der Kämpfers ein gutes Zeugnis aus.

Welchen Rollen die Unionen sind, beleuchtet die Tatsache, daß sie mit der Zentrale der DAPD. in Streit geraten und über die beste Methode der Gewerkschaftsgekrümmerung! Nachdem die Zellen auf der ganzen Linie ver sagt haben, verlangt die Union die partizipative Anerkennung der DAPD. Wie die Parole: "Heraus aus den Gewerkschaften!" Tadurch sei die Gewerkschaftsgekrümmerung am sichersten zu erreichen. Die DAPD. bedarf darum, durch ihre Zellen die Gewerkschaften zu beeinflussen; sie hat ein viel geringeres Interesse an der Union, deren Bogen wieder ihr besonderes Interesse haben. Ja, die DAPD. fordert auch den Zellenbau innerhalb der Union! Mit eifernden aus deren Zeitung, daß von der DAPD.-Zentrale (Berlin) in Duisburg eine Sonderkonferenz von 24 Unionvertretern abgehalten wurde, die sich gegen die Unionpartei entschied. Die Union behauptet, dieser Beschuß sei eine Fälschung, man arbeite von der DAPD. mit Zug und Zug. Lassen wir die kommunistisch-unionistischen Wahlkämpfer sich gegenseitig als föderaler beschuldigen, für uns genügt die Feststellung, daß beide Seiten sich darum streiten, wie die Gewerkschaftsgekrümmerung am ehesten ist.

Nicht um die Frage, wie das Proletariat am schnellsten auf der ganzen Linie gegen das vereinigte Kapital zu organisieren sei, nicht darum ist der Konflikt zwischen der kommunistischen Union und der DAPD. entstanden. Sie streiten sich um die beste Methode der Gewerkschaftsgekrümmerung! Ein Schauspiel, das jedem Kapitalisten das Herz im Seelenloch machen muß. Jeder Arbeiter, in dem auch nur ein Funken proletarischer Solidarität glüht, wird sich mit Absehen von diesen bewußten Helfershelfern des Kapitalismus abwenden. Die Zellenbauer haben auf der ganzen Linie ver sagt, zum Schreie der Arbeiterschaft. Außer dem nunmehr mit "neuer revolutionärer Wut" herausgeschmetterte Unionparole: "Heraus aus den Gewerkschaften" muß jeder ehrliche Proletarier antworten: "Hinein in die freien Gewerkschaften!"

Die "Rote Fahne" erhält sich.

Wie wir's machen, immer ist's falsch. Wir haben unsere Mitglieder nach guter demokratischer Art durch Abstimmung über das Abkommen vom 13. April entscheiden lassen. Da findet die "Rote Fahne" (Centralblatt der R. K. P. D.), wir hätten unsere Kameraden einseien wollen, die Kameraden hätten aber "den Eisenbahn und Hu" die Gesellschaft ver sagt durch die Ablehnung des Abkommens. Das schreibt dieselben Leute, die den Demokratie gar nichts wissen, sondern zufrieden von "einer Zentral" irgendwo dillieren wollen. Unsere Mitgliedschaft hat gebrochen, damit ist der Fall erledigt. Sehr hat sich dem Urteil der Urabstimmung zu folgen. Wäre die Verbandsleitung vom sozialistischen Geiste besessen, dann würde sie Weber nach der Streikkonferenz noch nach der Urabstimmung fragen, sondern einfach dillieren. Taten wir aber das, dann heulte die "Rote Fahne" natürlich über den "Vertrag der Gewerkschaftsbürgen". Worein liegt es, wie wollten durch den Schiedspruch die Bergleute "an Stützen vertraten". Nachdem sich die Bergarbeiter-Zeitung gegen den Schiedspruch erholt und das freie Abkommen als das kleinste Übel empfohlen hatte, detesten die Mosauer Blätter über die neue Neberschaftenbildung! Jetzt ist ein Vorschlag abzumachen ohne Neberschaften abgeschlossen und prompt schimpft uns die "Rote Fahne" wieder "Arbeiterverräte". In der gleichen Nummer lesen wir aber auch einen Bericht: "Die Unternehmen drohen die Arbeitnehmer halten will", nämlich in der berührenden Industrie des bergigen Landes, u. a. in der "kommunistischen Hochburg" Kemnold! Dort werden den Arbeitern "Schlafzüge angeboten. Und die dortigen Arbeiter, gegebenenfalls Träger des Sozialstaates — halten will". Der Bergarbeiterverband jedoch, dem es gelungen ist, ohne Neberschaftenpißot eine Lohnzulage von 150 bis 8 Pf. pro Schicht zu erreichen, wird von der "Roten Fahne" als eine von "Arbeiterverrätern" geleierte mehr oder weniger kapitalistische Organisation hingestellt. Gründlicher kann man sich nicht falsch erscheinen, als es die "Rote Fahne" befürchtet.

Unser Kamerad Peter Zimmer

war von der Düsseldorfer "kommunistischen" "Freiheit" und dem dito Abgeordneten Fransen verleumdet worden, er habe die belgische Besatzung herbeigerufen. In einem Schwurgerichtsprozeß in Elberfeld gegen zwei Zeugen der Abhandlung Zimmers wurde am 20. April durch den Amtsgerichtsrichter ausdrücklich festgestellt, daß nicht Zimmer, sondern die Behörden die belgische Besatzung zum Schutz gegen die sogenannten "Kommunisten" herbeigerufen hätten. Der waren aber die Männer der Krawalle! Die Düsseldorfer "Freiheit" erklärte am 18. April, die Arbeiterstadt sei von einer "eher Gesindel" proboziert worden! Es ist doch bezeichnend

rubelten Städte sind. Zu seinem Nachfolger wurde ein Herr Kuhalla gewählt. Dieser gehört der Polnischen Bergarbeitervereinigung an. Nachdem dieser Komrat zum Obmann gewählt wurde, riefte er nachstehendes Manuskript an die Belegschaft:

"Sehr geehrte Kameraden!

Unterschriebener bringt euch zur Erfahrung, das in den Betriebsrat gewählter sie jetzt am 26. März gesessen haben, in das Ergebnis, das meine Persönlichkeit als ersten zu eurer Vertretung berufen hatte und ich dankt euch für das einstimmige Vertrauen.

Kameraden ich berufe euch, seit euch einig, ohne Unterschied der Organisationen, den nur die Einigkeit die uns Bergarbeiterhaft das Bergarbeiterleben sicher kann.

Weiter ist es das wir die Organisationen als Mitglieder treu bleiben und an die das Geschäftliche Anstreben.

Hier in jede ich euch mein vollstes Vertrauen, das ich in meinen Verpflichtungen vollständig unparteiisch handeln werde, so am schluß bitte ich euch in meiner Sache in aller möglichkeit mich zu unterstützen. Gute Auf Mitglied der Arbeitsgemeinschaft aus dem Polnischen Bergarbeitervereinigung.

Doch die Unternehmer solche Betriebsräte gern sehen, darüber besteht gar kein Zweifel. Wie lange noch wird die Belegschaft von Medinghausen in solchen fürchten Menschen ihr Vertrauen entgegenbringen? Es ist wahnsinnig Zeit, daß die Belegschaft sich dem alten Bergarbeiterverband anschließt. Nach Aussprach mit den Belegschaftsmitgliedern erklären dieselben: "Es bleibt uns nichts anderes übrig, als daß der Verband die Führung übernehmen muß." Solange sich die Belegschaft jedoch nicht eines andern bestimmt, haben wir gar keine Ursache, uns an deren Spitze zu stellen. Die Unternehmer verstoßen innerhalb eines Monats kaum 11 Tage vor der Unionist als Obmann läuft. Wie lange der gleiche als Obmann bleibt, ist eine andere Frage. Also hinein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Der moralisch Gerichtete.

Die "Essener Arbeiter-Zeitung" (Nr. 77 vom 4. April) brachte über die am 1. April stattgefundenen Gerichtsverhandlung in der Bergbaulage Hermann gegen den Redakteur Steinbüchel einen Bericht, aus dem die moralische Niederlage, die das frühere Betriebsratsmitglied, heutiger Unionistenführer Herrmann erlitten hat, hervorging. Ein Bericht wurde H. nachgespielt, daß er von der Verwaltung der Zeche Amalie ohne Gegenrestitution 1000 M. angenommen hat. Das neint man Bestechungsgeld. Über besticht die Begeisterung darin, daß H. verbreitet, nichts mehr gegen die Bergarbeiterverwaltung zu unternehmen? Inspektor Wehmann erklärte vor Gericht, H. habe seitdem nichts mehr gegen die Bergarbeiterverwaltung unternommen.

H. hat nach dreimaligem Schweigen die Sprache wieder geöffnet. Er beschuldigt nun aus eigenem Antrieb oder auf Drängen der Geschäftsleitung der Freien Arbeiter-Union (?) in einem Artikel, erschienen in Nr. 18 der "Freien Arbeiter-Union" vom 21. April, wenn auch nicht seine Ehre, ja doch seinen Posten zu retten. Dazu sind Zeugen, die Bergarbeiterverwaltung anzuschreiben, in der Freien Arbeiter-Union geschlungen. In seinem Artikel behauptet H., er sei, weil er der Hochverratung umbrüllt war, mit Zustimmung des Reichsministeriums gefeuert. Das Ungeheuer ist wohl. Als die Bergarbeiterverwaltung H. entlassen hatte, wurde dieser auf Veranlassung des Reichsministeriums wieder eingestellt. Die Erstrebung der Diktatur der Räteregierung wurde von H. energisch betrieben, wozu ihm jedes Mittel rechte war. Die Gesetze und deren Bestimmungen außer Acht ließen, rührte nun H. als Diktator und magne zum Schaden der Allgemeinheit und der Belegschaft die schwierigsten Sachen. Das Reichsministerium konnte daher zum zweiten Male die begründete Entlassung mit Rücksicht auf die Familie nur abschwächen, indem statt der sofortigen Entlassung die Kündigung zugetragen wurde. Die Kündigung erfolgte also nicht, weil H. der Bergarbeiterverwaltung unbekannt war, sondern, weil sein Wohlstiel ihn immer mehr zu unbestimmten, unverantwortlichen Tatenbereiten veranlaßte, die er auch dann nicht einzufüllen, nachdem er auf die Konsequenzen seiner Handlungswweise mehrere Male aufmerksam gemacht und gewarnt worden war. H. möchte aber allzu gerne von den Mitgliedern der Union als Rächer gefeiert werden, daher mußte er die Ausmerksamkeit auf den ebenfalls selbsttreibenden Reichsminister lenken, der ihm angeblich so böse mitgespielt hat. Die Schriftsteller, die Zeuge H. oder der habe bei seiner Bezeichnung über die Gründe der Entlassung H. nichts mehr gemahnt, ist eine glatte Erfindung. Wahr ist, daß ich diesbezüglich gar nicht vernommen worden bin, weil Rücksicht darüber bestand, worüber ich vom Vorsitzenden gefragt wurde, nämlich über die von Steinbüchel gegen Herrmann erhobene Beschuldigung des versuchten Diebstahls wußte ich nichts. H. war in später Rechtskunde über das Vor der mit einer Mauer umgebenden Konsumanstalt gestiegen, um, wie er selbst angab, nachzusehen, ob die Konsumanstalt der Zeche Amalie nicht bestohlen wurde. Bei der Runde, die die Wächter machten, wurde H. bemerkt. Als er dies gewußt wurde, wollte er aus demselben Wege, den er vorher gekommen, wieder verschwinden, wurde aber von den Wächtern angesprochen. Nun kam H. von dem bis zur Hälfte erstickten Tor wieder zurück. Es liegt mir fern, H. eines verüchten Diebstahls zu beschuldigen. Eines aber steht fest, daß die Verwaltung auf Grund dieser Verkommnis zur sofortigen Entlassung berechtigt war, das das Reichsministerium nicht widerstreiten konnte. Die Bergarbeiter der Bergarbeiterverwaltung seitens H. an den Unterzeichneten ist auf den Markt gestellt. Die gestellten Fragen konnte ich nicht beantworten, weil mir der Bergarbeiter die Beantwortung der nicht zugelassenen, weil nicht zur Sache gehörenden Fragen trotz meines Erstschwigs nicht gestattete.

Möglicherweise kompromittierte Unionistenführer oder die Freie Arbeiter-Union weiter Rechtfertigungsversuche machen, das Sondern der Belegschaft werden sie damit nicht abhalten. Auch werden die von H. weiter bestressen Wissen aufgestellten Behauptungen dadurch nicht wahr.

Heinrich Schröder.

Moräthige Anerkennungen.

Um die einzige richtige Haltung des christlichen Gewerbevereins in der Schiedsentscheidung zu beweisen, zitiert der "Bergknapp" vom 20. März folgende Stelle aus Nr. 12 der "Sozialen Presse":

"Sehr die Haltung des Bergarbeiterverbandes zeigt ja, wie wenig Quas-Beratung zutrifft, als bedeute der Schiedsentscheid einen 'unbedeutenden Schritt' oder eine 'unverhältnismäßige Bedeutung', weil die Bergarbeitervertreter von Anfang an auf die Einhaltung einer achtten Stunde den größten Wert gelegt hätten; die Arbeitgeber müßten nach dieser irreführenden Darstellung ja mit dem Schiedsentscheid völlig zufrieden sein, während sie in Wahrheit gegen das Schiedsgericht nur Vorwürfe erheben und den Schiedsentscheid rücksichtslos abgelehnt haben. Wir glauben, daß der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter mehr soziale Qualität und mehr sozialen Weitblick als die Verteilung des alten Vertrages und des Gewerbevereins bewiesen hat, wenn er vor voraussehen kannte und betont hat, daß von einer Rückführung der sozialen normalen Arbeitszeitumrechnung auf dem Wege über den Arbeitgebervertreter kaum noch nicht zu Ende ist, und daß dieser hoher urheberlich angenommen werden kann. Dieser mutige Standpunkt, der die Leiter des Gewerbevereins als echte Verteilungsführer zeigt, ist in der Versammlung der christlichen Bergarbeitervereinigung in Wesselingen nachgewiesen." (Die Bergarbeitervereinigung hat vom 1. Februar 1921.)

"Diese Ausführungen der Sozialen Presse" — so ignoriert der Bergknapp — "sind sogenannte Beweise, weil sie in einer unparteiischen Fachzeitschrift veröffentlicht veröffentlicht werden." Wir gelassen uns deshalb auch eines aus diesen unparteiischen Zeitungen abstricken. In Nr. 16 d. J. steht je folgendes:

"Die Soziale Presse" hat weiterhin zu denartigen Zonensteigerungen Stellung genommen. Sie stellen im Laufe des Raubzugs einer gemeinschaftig gewachten und daher als wichtigen Arbeitgebergruppe auf die Taschen der Welt hin. Das heißt, um neuen höheren Nutzen nach einer Rückführung in Gefahr eines Schiedsentscheids legt sich. Da es schließlich die Zurechnung nicht auf der Prostrikate gegeben werden kann, ist die Rückführung unvermeidlich. (Diesen Sachverhalt wir in Berlin, weil darin ein Teil des von der Bergarbeitervereinigung Soziale Presse) Sagt, das bedeutet, daß die drückende Last nicht zwischen den Zonen wieder etwas mehr von den Schülern der sozialen Gruppen auf diejenigen der Industrien, die ohnehin lauflos dahinfließend, in Berührung und ununterbrochen fortbewegend, abgetragen wird. Verantworten kann das kein Mensch."

Wir befürworten das eine Recht, die den Bergleuten Raum auf die Taschen des Weltels verleiht und sie auch auf andere Weise beschützt und beschützt, und die unparteiischen Zeitungen. Wir vom Bergarbeiterverband machen bestätigen, daß eine solche Rechtsetzung tatsächlich beobachtet zu haben ist. Der Soziale Presse" steht Nr. 16 d. J. schreibt in der Zonen. Sie hat aber die Belegschaft des Schiedsgerichts, und wenn nun keine "Soziale Presse" bestätigt, das

er einen guten Schiedsentscheid zugebracht hat, und alle, die gleichfalls den Schiedsentscheid als einnehmbar erachten, als richtig erachtet werden. Auch das nicht gerade nach Urteilserichtigkeit ist.

Es muß berichtigt werden.

Nachstehende Berichtigung der in Nr. 14 der "Bergarbeiter-Zeitung" vom 2. April unter dem Kennwort: Dort ist ein radikaler Ausschau veröffentlichten Politik erfüllt mit Sie, unter Berücksichtigung auf § 11 des Reichsverfassungsgesetzes, in die nächste Nummer dieses Blattes aufzunehmen:

Es ist nicht richtig, daß am 4. März auf der Zeche Admira ein erledigter Arbeiter (es handelt sich um den Hilfsarbeiter Sommer) von 10½ Uhr am Schacht liegen mußte. Wenn B. nach Hause gekrochen hätte, so hätte er im Laufe der Schicht dazu Gelegenheit gehabt, da das Schachtpersonal wiederholzt zu Tage fährt, um Holz zu fördern, wenn keine Kohlen am Schacht sind. Auch B. war noch gegen 11½ Uhr derselben am Tage. Er hat sich auch vom Schacht entfernt und ist zur Waschküche gegangen. Als aber das Holz verladen war, erschien B. wieder am Schacht und fuhr mit zur 2. Sohle, wofolks er bis zum Schluß der Schicht, 1½ Uhr mittags, weiter arbeitete und dann, ohne Hilfe in Anspruch zu nehmen, ausfuhr. Der Aufschläger Weitenkampf sagt aus, daß B. sich wegen der Aussicht nicht an ihn gewandt habe. Der Schachtkopfleiter Staata ist dem B. beim Antreten bestmöglich gewesen und hat sich dann um die Gestaltung eines Weges bemüht. Er bestreitet entschieden, daß dies zwei Stunden in Anspruch genommen habe. Der Weg (ein leichter Haderweg) sei in etwa 15 Minuten zur Stelle gewesen. Gewerkschaft Admira.

Berichtigungen müssen aufgekommen werden, auch wenn sie nicht wahr sind. Daß die Bergarbeiterverwaltung einen ganzen Monat zur An-

setzung dieser Berichtigung braucht, spricht auch für deren Wahrhaftigkeit. Um übrigen sind uns unsere Bergarbeiterleute mindestens so glaubwürdig wie die Zeugenzeugen.

An die Verbandsmitglieder!

Der unterzeichnete Vorstand beruft hiermit, entsprechend den §§ 50 bis 53 des Verbandsstatuts, die

23. Generalversammlung

unseres Verbandes auf Sonntag, den 29. Mai 1921, nachmittags 6½ Uhr, und folgende Tage, in das Hotel "Einhorn", Lindenplatz 1 in Gießen ein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Konstituierung der Generalversammlung.
2. Feststellung der Geschäfts- und Tagesordnung.
3. Geschäftsbericht:
 - a) Allgemeines. — Berichterstatter: Husemann.
 - b) Tarif- u. Lohnbewegung. — Berichterstatter: Schmidt.
 - c) Betriebsräte im Bergbau. — Berichterstatter: Martenölker.
 - d) Bergmannssiedlungen. — Berichterstatter: Thümmler.
 - e) Kassenbericht. — Berichterstatter: Bittner.
 - f) Bericht der Redaktion. — Berichterstatter: Wagner.
 - g) Bericht der Jugendabteilung. — Berichterstatter: Franz Osterroth.
 - h) Bericht des Kontrollausschusses. — Berichterstatter: Linke.
 - i) Beratungen des Verbandsstatuts. — Berichterstatter: Bittner.
 - j) Die Arbeitsgemeinschaften. — Berichterstatter: Waldherr.
 - k) Die Sozialisierungfrage im Bergbau. — Berichterstatter: Huwe.
 - l) Die Sozialpolitik im neuen Deutschland. — Berichterstatter: Wissmann.
 - m) Bericht vom Gewerkschaftskongress in Nürnberg. — Berichterstatter: Banghorst.
 - n) Bericht vom Internationalen Bergarbeiterkongress in Genf. — Berichterstatter: Gundertich.
 - o) Wahl der Delegierten zum nächsten Gewerkschafts- und internationalen Bergarbeiterkongress.
 - p) Wahl des Vorstandes, der Redaktion und des Kontrollausschusses.
 - q) Beratung der noch nicht erledigten Anträge.
 - r) Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Diesjenigen Vertreter der Presse oder Korrespondenzbüros, die an unserer Generalversammlung teilnehmen wollen, werden um umgehende Angabe ihrer Adresse gebeten. Es werden ihnen dann die Drucksachen und eine Legitimationskarte zugesandt. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß Bekanntwerden gegen Entscheidungen des Kontrollausschusses nur dann auf der Generalversammlung zur Verhandlung gelangen können, wenn die Beschwerdebeschwerde bis zum 23. Mai 1921 bei der unterzeichneten Verbandsleitung eingereicht wurde. (Siehe § 42 Absatz 2 des Statuts.)

Mit Blick auf

Der Verbandsvorstand. Z. A.: Husemann,

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 20. Woche (vom 8. bis 14. Mai 1921) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Neue Portolage ab 1. April 1921.

	Meilezone 75 km Grenzen
im Ortsverkehr bis 20 g	40 M über 15—20 kg 18 M 24 M
" über 20—250 g	60 M
" Fernverkehr bis 20 g	60 M
" " über 20—100 g	80 M
" 100—250 g 120 M	
Postkarten:	
im Ortsverkehr	80 M
im Fernverkehr	40 M
Drucksachen:	
bis 50 g	15 M
über 50—100 g	20 M
" 100—250 g	60 M
" 250—500 g	80 M
" 500—1000 g	100 M
Geschäftsbriefpapiere:	
bis 250 g	60 M
über 250—500 g	80 M
" 500—1000 g	100 M
Päckchen (zulässig bis 1 kg):	
bis 50 M	0,50 M
über 50—250 M	1—M
" 250—500 M	1,50 M
" 500—1000 M	2—M
" 1000—1500 M	3—M
" 1500—2000 M	4—M
Postauflieferungen:	
Bahnsachen bis 50 M	0,25 M
" über 50—500 M	0,50 M
" 500—1000 M	1—M
" 1000—2000 M	1,50 M
" 2000 M	2—M
Gutschriftsgebühren:	
für Briefe	1,50 M
für Pakete	2,50 M
Pauschalzahltungen:	
Zahlkarten bis 50 M	0,25 M
" über 50—500 M	0,50 M
" 500—1000 M	1—M
" 1000—2000 M	1,50 M
" 2000 M	2—M
Telegramme:	
Wortgebühr für Orts- und Ferntelegramme	0,30 M
Telegramm-Minutegebühr für	M
" 10—15 kg 12 M 16 M	

Oberste Poststelle wird ständig beachtet werden. Bei Nichtachtung wird die Hauptpost durch das entsprechende Strafporto empfindlich gewidrigt. Ferner dürfen Briefe über die im Tarif festgesetzte Höhe nicht frankiert werden. Die Geschäftsbüros sind hier die Postleitzahlen und Postkassen zu empfehlen, bei größeren Postsendungen von dem Tarif vorgezogen, bei großen Sendungen, sobald ein Brief 250 Gramm übersteigt, möglicherweise ein Paket.

Gegen die Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 8 der "Bergarbeiter-Zeitung" haben folgende Mitglieder verfahren: Alfred Schreiber, Nr. 263 236 (Bahnstelle Schwanfeld); Johann Scheppanß, Nr. 263 117 (Bahnstelle Lohfeld II). Die Genannten stellen sich somit außerhalb des Verbandes und sind in der Mitgliederliste gelöscht.

Kontrolluntersuchungs-Nutzung.

Post. Zeit. ersten und letzten Sonntag im Monat, vormittags von 10—12 Uhr, beim Postamt Stadt Dietz.

Witter. Zeit. ersten und letzten Sonntag im Monat, vormittags von 10—12 Uhr, beim Postamt Niedermörmel, Niedermörmelstrasse 104.

Wirtschaftsänderungen.

Heben. 1. Vertragsvertrag: Paul Herr, Heben. Bergfrage 31. Walltron. Der Postleiter Anton Meermann wohnt 31 Walltron, Rossmarkt 7a (Rottendorf).

Wahllokal.

Gebäude IV. Die Gebäudeführer befindet sich beim Stammbüro Heinrich Haagkopp, Haagkoppstraße 6.

Einen kleinen Posten "Wortgebühr-Minutegebühr" kontrollierten 1921 gehen wir zum entsprechenden Preis von 2,75 M. pro Minut wohin, solange der Wortgebühr reicht. Belege liegen dabei an der Haushaltung & Co., Gießen.